№ 12. Inowraclaw, Montag, den 10. Februar. 1868

Kujawisches Wochenblatt.

Organ für die Kreise Inowraclaw, Mogilno und Gnesen.

Erscheint Montags und Donnerstags.
Vierteljährlicher Abonnementspreis:
für Hiesige 11 Sgr. durch alle Kgl. Postanstalten 12½ Sgr.

Siebenter Jahrgang.
Verantwortlicher Redakteur: Hermann Engel in Inowraclaw.

Insertionsgebühren für die dreigespaltene Korpuszeile oder deren Raum 1½ Sgr.
Expedition: Geschäftslokale Friedrichsstrae 7

Ein Abschnitt aus dem Rothbuch.

Aus dem von der österreichischen Regierung den Mitgliedern der beiden Delegationen vorgelegten, eine Uebersicht der diplomatischen Thätigkeit und der bezüglichen Aktenstücke enthaltenden „Rothbuche" theilen wir im Nachstehenden den Abschnitt mit, welcher das Verhalten in den Deutschen Angelegenheiten resumirt. Es heißt darin: Aus den Ereignissen des Jahres 1866 mit schweren Opfern hervorgegangen, hat Oesterreich das Heil seiner Gegenwart und Zukunft in dem festen Entschlusse erblickt, im Innern wie nach Außen eine Politik des Friedens und aufrichtiger Versöhnung zu befolgen. Seiner Majestät dem Kaiser und Könige Franz Josph, wie allen Völkern seiner Monarchie ist das Bewußtsein geblieben, daß der Kampf welchen Oesterreich gegen zwei mächtige Gegner aufnehmen mußte, weder ein ungerechter noch ein ruhmloser war. Aber dieses Bewußtsein ist frei von jedem Gedanken der Vergeltung und Oesterreich hegt seit dem prager Friedensvertrage gegenüber Preußen und Italien dieselben friedliebenden und freundschaftlichen Gesinnungen, die es in seinen Beziehungen zu allen andern Mächten bethätigt. Auf dem Gebiete der Deutschen Angelegenheiten ergab sich für die Regierung Sr. Majestät früh genug mehr als eine Veranlassung thatsächliche Beweise hiervon abzulegen. Das Projekt einer Vereinigung des Großherzogthums Luxemburg mit Frankreich rief Schwierigkeiten hervor, welche sich zu Anfang April 1867 zu einer gefahrdrohenden Spannung zwischen Frankreich und Preußen steigerten. Wenn gleich der Verlust der geschichtlichen Stellung Oesterreichs in Deutschland nicht auch das Ende der Sympathieen des Kaiserstaates für seine vormaligen Bundesgenossen bedeutet, und wenn gleich in anderen Zeiten Oesterreichs Heere Luxemburg gegen Frankreich vertheidigt haben, so konnte doch die Kaiserlich Königliche Regierung in diesem Streite nicht Parthei für Preußen ergreifen. Oesterreich durfte in einer seinen gegenwärtigen Interessen so ferne liegenden Sachen nicht neuen Verwickelungen und Opfern ausgesetzt werden. Auch bot seit der Auflösung des Deutschen Bundes das positive nationale Recht keine genügende Stützpunkte für die Ansprüche Preußens dar. Ebenso wenig wollte aber die Regierung Seiner Majestät dem Gedanken Raum geben, aus einem Kriege zwischen Frankreich und Preußen Vortheil zu ziehen, und sie sorgte daher mit alter Loyalität dafür, im Geiste des Kaiser Napoleon und der Französischen Staatsmänner nicht den Glauben an Oesterreichs Mitwirkung in einem Kampfe gegen Preußen entstehen zu lassen. Schon diese parteilose und neutrale Haltung Oesterreichs mußte zur Erhaltung des Friedens wesentlich beitragen. Die Kaiserlich Königliche Regierung begnügte sich indessen hiermit nicht. Sie wünschte zu lebhaft die friedliche Beilegung des Streites, um nicht diesen Zweck durch ein thätiges Erfassen der vorhandenen Elemente eines Einverständnisses zu fördern. Ein hohes Maß von Vorsicht war ihr hier geboten, denn sie wollte weder auf Preußen einen Druck ausüben, um diese Macht zur Aufopferung eines Deutschen nationalen Interesses zu vermögen, noch wollte sie sich in Berlin dem Verdachte aussetzen, als gedenke sie Preußen im Widerstande gegen die Forderungen Frankreichs zu bestärken, um einen Conflikt herbeizuführen. Ihre vertraulichen Einwirkungen mußten sich daher auf die erkennbaren oder doch zu präsumirenden Stimmungen und Ansichten der in erster Linie betheiligten Mächte stützen.

Handeld in diesem Sinne, hatte sie die Genugthuung, daß beide streitende Theile ihre guten Dienste annahmen und es geschah im Einklang mit den von ihr gemachten Vorschlägen, daß zu London in einer Conferenz, die von Rußland in gleich versöhnlicher Absicht beantragt wurde und auf Einladung des Königs der Niederlande zusammentrat, der Vertrag vom 11. Mai 1867 zu Stande kam. Der Luxemburgische Zwischenfall war hiermit beseitigt, aber schon vor der Controverse wegen Luxemburgs und während derselben hatten die Verhältnisse zwischen Preußen und den Süddeutschen Staaten dazu beigetragen, eine gewisse Unruhe zu verbreiten. Die Veröffentlichung der zu Berlin im August 1866 zwischen Preußen und diesen Staaten abgeschlossenen, aber vorher geheim gehaltenen Allianzverträge, welche schon durch die Ueberschrift „Schutz- und Trutzbündniß" einen nicht ausschließlich defensiven Charakter anzukündigen schienen, mußte die Frage entstehen lassen, welcher Werth übrig geblieben sei für die Bestimmung des Prager Friedensvertrages, daß ein Bund der Süddeutschen Staaten eine internationale unabhängige Existenz haben werde. Bereits vor den Berliner Verträgen verabredet und noch nach denselben feierlich besiegelt, konnte diese Bestimmung durch die letztere rechtlich nicht alterirt werden. Die Kaiserlich Königliche Regierung, ohne von dem Standpunkte des Prager Friedensvertrages zurückzutreten, ließ sich jedoch durch die neue faktische Lage wieder abhalten, ihre friedlichen Bemühungen in der Luxemburgischen Angelegenheit fortzusetzen, noch glaubte sie auf Grund ihres formellen Rechtes der Entwickelung der Dinge in Deutschland bestimmte Proteste entgegenstellen zu sollen. Sowohl in Berlin wie in den Süddeutschen Residenzen wurde übrigens in Abrede gestellt, daß in jenen Allianzverträgen auch der Fall einer Offensive vorgesehen sei, und in München und Stuttgart erfolgten öffentliche Erklärungen, wonach die betreffenden Regierungen sich das Recht selbstständiger Prüfung des Vorhandenseins des casus foederis zuschreiben. Wenn Oesterreich Angesichts der erwähnten politischen Bündnißverträge sich jeder Einmischung in die Preußisch-Süddeutschen Verhältnisse enthielt, so konnte die Kaiserlich Königl. Regierung noch weniger Anlaß finden, die Verträge wegen einer neuen Organisation und parlamentarischen Vertretung des Zollvereins anders als mit wohlwollender Zurückhaltung zu beurtheilen, wiewohl auch diese Verträge des Selbstbestimmungsrechts der Süddeutschen Staaten in wichtigen Beziehungen beschränken und den Beziehungen Preußens unterordnen.

In ebenso versöhnlichem Geiste und mit denselben Rücksichten, wie die im Innern Deutschland schwebenden Fragen, hat die Regierung Sr. Majestät auch die Nordschleswig'sche Angelegenheit betrachtet, in welcher der Prager Friedensvertrag in seinem 5 Artikel die Spur der Vermittelung Frankreichs an sich trägt. Die betreffende Verfügung des Vertrages hat ihre Ausführung bis jetzt noch nicht erhalten. In einem Rückblicke auf Oesterreichs Beziehungen zu Deutschland im Jahre nach dem Kriege von 1866 darf schließlich die Thatsache nicht übergangen werden, daß unter dem Eindrucke der Gefahr eines Europäischen Krieges in Berlin wie in München mancher ernste Blick sich nach demselben Oesterreich wendete, dessen Verband mit Deutschland wenige Monate vorher der Prager Friedensvertrag gelöst hatte. Es erfolgten in Bezug auf ein neues Bundesverhältniß Andeutungen, die indessen zu unbestimmt lauteten und zu einseitig das Interesse des einen Theiles wahrten, als das Oesterreich ihnen jene Freiheit der Bewegung hätte opfern können, die es für die Rechte und Pflichten der mit dem Untergange des deutschen Bundes abgeschlossenen Epoche eingetauscht hat. Diese Freiheit ist für den Frieden Europas nicht beunruhigend, sie deckt keine Gedanken des Ehrgeizes, sondern ihre Bedeutung liegt ausschließlich darin, daß Oesterreichs Staatskräfte fortan für keinen andern Zweck, als für die eigensten Interessen der vom Kaiser und Könige regierten Völker in Anspruch genommen werden können.

Vom Landtage.

[42. Sitzung vom 4. Februar.] Der für heute auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses gestellte Gesetzentwurf bezüglich des hanöverschen Provinzialfonds hatte die Tribünen des Hauses abermals stark gefüllt. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen. Es sind ungewöhnlich viel Urlaubsgesuche eingegangen, welche sämmtlich bewilligt werden. Bei Eintritt in die Tagesordnung überreicht v. Bonin (Genthin) einen Antrag auf Ablehnung des Regierungsentwurfs über den Provinzialfonds und bringt zugleich einen vollständig neuen Entwurf ein, der verlesen wird. Heyse ersucht den Präsidenten, den Bonin'schen Entwurf sofort drucken zu lassen, weil es nöthig sei, denselben im Wortlaut vor sich zu haben. Der Präsident bemerkt, er habe das Weitere bereits angeordnet. Kardorf, der ein Amendement eingereicht hat, zeigt an, daß er sein Amendement nachträglich corrigirt habe. Hierauf wird die Rednerliste festgestellt. Fünfundzwanzig Mitglieder lassen sich für, sechsunddreißig gegen die Vorlage einschreiben. Abg. Kannegießer leitet als Referent der Commission die Debatte ein, indem er die von der Commission beschlossenen Aenderungen des Regierungs-Entwurfs der Annahme des Hauses empfiehlt. Die Vorlage

an sich ist ein Schritt vorwärts. Wir müssen jeden legislatorischen Akt begrüßen, welcher der Selbstverwaltung einer Provinz Spielraum schafft, und doch waren wiederum die Propositionen der Regierung nicht zu acceptiren. Die Commission hat zu vermitteln gesucht und erwartet die Zustimmung des Hauses. Redner hält dem Hause einen dreiviertelstündigen Vortrag, in welcher fast nur der Inhalt des Commissionsberichtes recapitulirt wird. Es herrscht große Unruhe und Unaufmerksamkeit im Hause. Inzwischen füllen sich mehr und mehr die königliche und die Diplomatenloge. In ersterer nehmen Adjutanten des Königs Platz. Am Ministertische haben sich eingefunden v. Bismarck, von der Heydt, v. Selchow und mehrere Regierungs-Commissare.

Nachdem der Referent Kannegießer seine Rede beendet hat, bekämpft in anderthalbstündiger Rede von Vincke (Minden) den Entwurf der Regierung, aus dem sich nicht ersehen lasse, daß er nothwendig sei. Er störe das Prinzip der Rechtsgleichheit aller, er schaffe ein Staat im Staate, man dürfte die neuen Provinzen nicht durch Geldopfer, sondern nur durch Gerechtigkeit und Rechtsgleichheit gewinnen. Lasker entwickelte in einstündiger Rede daß Vincke'sche Voraussetzungen falsch seien. Neulich habe das Haus eine dynastische Frage gelöst, heute stehe es vor einer ächten Volkssache. Bei dem Provinzialfonds handle es sich um Rettung berechtigter Eigenthümlichkeiten Reinenperger deducirt wie Vincke. Miquel in langem Vortrage wie Lasker. Redner hebt die nationale Bedeutung solcher Fonds hervor. Diese kann Stavenhagen in dem Entwurfe nicht finden, es sei unmöglich, das in dem Entwurfe aufgestellte Prinzip praktisch durchzuführen. Bismarck erwiedert Vincke, ein Regierung wolle sich Hannover durch die Vorlage nicht erkaufen, sondern nur berechtigten Ansprüchen gerecht werden. Sie folge dem Rathe von Männern aus Hannover, die stets wahre Freunde Preußens gewesen wären.

Und wenn sämmtliche hannöversche Abgeordnete gegen den Entwurf stimmten, die Regierung würde doch an ihm festhalten. Mit Hannover wird nur der Anfang gemacht, später und allmälig sollen sämmtliche Provinzen mit ähnlichen Fonds bedacht werden. Die Regierung legt Gewicht auf die Decentralisation im Interesse der Selbstverwaltung. Präsident Forckenbeck vertagt die Berathung des Provinzialfonds um 4½ Uhr auf Morgen Vormittag um 10 Uhr. Es sind noch 56 Redner eingeschrieben.

[43. Sitzung vom 5. Februar.] Das Abgeordnetenhaus erledigte in der Generaldiskussion die Regierungsvorlage über den Provinzialfonds für Hannover. Graf v. Bismarck nahm wiederholt das Wort und erklärte, die Regierung sei einig darin, die Decentralisation durchzuführen. Er hob ferner hervor, daß die Regierung, wenn sie eine Stütze in einer bestimmten Parthei nicht habe, zu Coalitionsversuchen genöthigt sei, welche dem allgemeinen Staatswesen und den Zielen der konservativen Parthei nachtheilig sein könnten.

(44. Sitzung vom 6. Februar.) Der Finanzminister bringt einen Nachtrag zum Staatshaushaltsgesetz ein, betreffend die nachträgliche Genehmigung der vor der Feststellung des Etats innerhalb der Grenzen derselben geleisteten Ausgaben. Specialdiskussion über den hannöverschen Provinzialfonds. v. Brauchitsch führt aus, die Konservativen hatten das Ministerium bis jetzt in den wichtigsten Fragen unterstützt; man dürfe jedoch nicht sagen die Konservativen seien blos gewählt, um mit dem Ministerium zu gehen. Graf Bismarck tritt diesen Aeußerungen entgegen; er verlange nicht, daß die Konservativen ihm in allen Punkten unbedingt folgen, aber er habe nie etwas von den Konservativen gefordert, was man von einer Partei, die sich selbst achte, nicht fordern könne. Es sei unrichtig, daß die Konservativen dem Ministerium etwas geopfert hätten. Das allgemeine Wahlrecht habe ihnen nicht geschadet. Und glaubten sie etwas geopfert zu haben, so sei es durch die Erwerbung der neuen Provinzen, durch das konsolidirte Königthum, durch das geeinigte Deutschland mehr als aufgewogen. Der Redner schließt: Wenn uns die konservative Partei nicht stützt, so müssen wir unsere Stütze in andern Parteien suchen, mit denen wir weniger übereinstimmen. Wir kämen vielleicht zu neuen Schwankungen und einem neuen Conflikt; letzteren fürchte ich nicht, aber ihn zur permanenten nationalen Institution zu machen, ist nicht meine Absicht.

(45. Sitzung vom 7. Februar.) Debatte über den Provinzialfonds. Der Antrag Dieft wurde mit 206 gegen 175 Stimmen abgelehnt; das ganze Gesetz gemäß dem Amendement Kardorf mit 200 gegen 168 Stimmen angenommen. — In Abgeordnetenkreisen verlautet gerüchtweise, Bismarck habe Urlaub bis zur Eröffnung des Zollparlaments erbeten und erhalten.

Lokales und Provinzielles.

Inowraclaw. [Vierte Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung v. 8. Februar.] Anwesend: 13 Mitglieder; am Magistratstische: Herr Bürgermeister Neubert. Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden, Herrn Justizrath Keßler, um 6 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkt der Vorsitzende, daß der Stadtv. Latte beantragt habe, S. Kgl. Hoheit den Kronprinzen wegen des Belassens der Garnison am hiesigen Orte zu petitioniren und daß er die von demselben entworfene Petition auf Verlangen verlesen wolle, falls die Versammlung die Dringlichkeit des Antrages anerkennen würde. Die Versammlung schließt sich dem Antrage an, nimmt Kenntniß von dem Schriftstücke und vollzieht dasselbe durch Namensunterschrift. In der Petition wird auf die Nachtheile und namentlich auf die Stockung der gewerblichen Verhältnisse hingewiesen, welche durch das Abziehen der Garnison dem hiesigen Ort entstehen würden und andererseits das gute Einverständniß zwischen Militär und Civil hervorgehoben und die gedrückten Vermögensverhältnisse der Stadt, welche derselben den Ausbau des Kasernements unmöglich machen, auseinandergesetzt. — Herr Landrath v Wilamowitz, der gegenwärtig in Berlin weilt, hat die Ueberreichung der Petition zugesagt. — Von Seiten des Magistrats ist auch eine Petition entworfen, die aber — zu Gunsten der vorgetragenen — vom Herrn Bürgermeister zurückgezogen wird.

Hierauf tritt die Versammlung in die Tagesordnung und genehmigt den beanspruchten Beitrag zu Eisenbahnzwecken. Bei dieser Gelegenheit erstattet Stadtv. Höniger auf die an ihn gestellte Aufforderung Bericht über die auf der Generalversammlung der Aktionäre der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft vom 5. d. M. erzielten Resultate. Die Versammlung dankt dem Redner und dem in Breslau anwesend gewesenen Stadtv. v. Schkopp durch Erheben von den Sitzen. Dem sehr ausführlich erstatteten Berichte (vergl. Sitzungsbericht aus Breslau) und den von dem Referenten privatim gemachten Erfahrungen entnehmen wir ferner, daß die von der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft in Aussicht genommene Linie speciel für unsern Ort von wesentlichem Nutzen sein wird.

Die Versammlung genehmigt hierauf den Beitrag von 5 Thlr. auf's Jahr 1868 für das Stift zu Kraschnitz in Schlesien.

Die Versammlung ertheilt ihre Zustimmung zur Verpachtung eines Theils der alten Thorner Landstraße von 91 □R. auf 3 Jahre an den Zimmermeister Zwanzig zur Einrichtung einer Holzablage.

Die Versammlung entbindet den Pächter Moritz Chaskel von dem mit der Stadt abgeschlossenen Vertrage wegen Uebernahme der Stadtwaage und autorisirt den Magistrat zur anderweitigen Verpachtung derselben.

Die Versammlung genehmigt die Anstrengung der Haupt- und Arrestklage wider den früheren Krugpächter zu Montwy Carl Tonn jetzt zu Mogilno wegen 656 Thlr. 28 Sgr. 6 Pf.

Ein Unterstützungsgesuch wird einstimmig abgelehnt, ein zweites dem Magistrat zur Befürwortung überwiesen.

Mit dem vom Vorsitzenden verlesenen Promemoria des Bürgers und Hausbesitzers Tyrankiewicz betreffend die Reinigung der Straßen und Höfe, erklärt sich die Versammlung einverstanden und ernennt eine Commission, in die die Stadtv. Wallersbrunn, Ekowski, Abr. Levy und der Antragsteller gewählt werden, welche sich mit den in anderen Städten hinsichtlich der Straßenreinigung bestehenden Einrichtungen zu informiren und der Versammlung Bericht zu erstatten habe. Schluß 7½ Uhr.

— Die von der Stadtgemeinde zu Schiedsmännern wiedergewählten Herren Budzinski und Warszawski sind von dem Königl. Apellationsgericht in Bromberg bestätigt und am 7. d. M. durch den Kreisgerichtsrath Hrn. Heimbs verpflichtet worden.

— Am Mittwoch finden wiederum theatralische Vorstellungen zu Gunsten der vom Vincent-à-Paulverein auszuführenden Unterstützungen statt. Näheres im Inseratentheil.

— Aus der in der neuesten Nummer des Regierungs-Amtsblattes veröffentlichten Personal-Chronik bei den Justizbehörden des Departements Bromberg entnehmen wir, daß der Gerichtsassessor **Dr. v. Wilkonski** auf Grund rechtskräftigen Erkentnisses aus dem Justizdienst entlassen und der Kreisgerichtskanzlist Weinert mit Pension in den Ruhestand versetzt ist.

— Das General-Postamt des norddeutschen Bundes hat, um den Austausch der früheren Freimarken gegen neue auf dem Lande zu erleichtern, die Landbriefträger beauftragt, den Umtausch noch bis zum 1. April zu bewerkstelligen.

— Der nächste Termin derjenigen jungen Leute, welche sich zum einjährigen Dienste melden wollen, findet im Monat März cr. statt.

— Wir haben bereits in der vorigen Nr. u. Bl. telegraphisch über den Beschluß der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft berichtet. Der „Schles. Ztg." vom 6. d. M. entnehmen wir hierüber Folgendes:

Die zur Beschlußfassung über das Projekt der Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn von dem Verwaltungsrathe der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft für heute anberaumte außerordentliche General-Versammlung hat unter den Aktionären eine ganz ungewöhnlich lebhafte Theilnahme hervorgerufen. Insbesondere stellten die von der projektirten Bahn berührten Kreise und Ortschaften der Provinz Posen ein sehr zahlreiches Contingent von Interessenten, die sich bereits vor mehreren Tagen hier eingefunden hatten. Zur Theilnahme angemeldet waren 410 Aktionäre mit einem Aktienbesitz von 1,795,000 Thlr., welcher 996 Stimmen repräsentirte. Das Versammlungslokal, der große Sitzungssaal im Centralbahnhof faßte kaum die Menge der Erschienenen, deren Zahl 402 — mit 926 Stimmen betrug. Mit Hinzurechnung des dem Staate gebührenden ⅙ der Stimmen waren sonach im Ganzen 1080 Stimmen vertreten. Die Leitung der Verhandlungen übernahm der Vorsitzende des Verwaltungsraths, Geheimer Commercienrath Frank. Als Staatskommissarius und Vertreter des statutenmäßigen Stimmrechts des Staats

fungirte der Geheime Regierungsrath Lentze. Der Vorsitzende eröffnete die Verhandlungen durch eine zusammenfassende Darlegung der Motive, welche die Gesellschaftsvorstände zur Wiederaufnahme des früher bereits von der Gesellschaft mehrfach ventilirten Projekts der Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn bewogen haben, unter Hinweisung auf die in den Händen der Aktionäre befindliche Denkschrift. Redner hebt hervor, wie es in hohem Grade wünschenswerth sei, den vorliegenden Vertrag, welcher zugleich die Grundlage für den der Landesvertretung unterbreiteten Antrag der Staatsregierung wegen der Garantie bildet, ganz unverändert anzunehmen. Der Actionär Herr Russak schlägt vor en bloc über Annahme oder Ablehnung zu beschließen. Herr Rechtsanwalt Höniger aus Inowraclaw macht bemerklich, daß bei der Abfassung des Vertrages wohl nur irrthümlich angenommen sei, Pakość liege südlicher als Inowraclaw, was thatsächlich nicht der Fall sei, da letztgenannter Ort etwa 500 Schritt südlicher als ersterer liege. Redner beantragt, in dem § 1 des Vertrages statt Pakość — Inowraclaw zu setzen. Der Staats-Commissarius erklärt, daß es kein Bedenken haben würde, an der betreffenden Stelle hinter das Wort Pakość noch die Worte „oder Inowraclaw" einzuschieben. Hiermit erklären sich die Vorredner einverstanden.

Bei der hiernächst erfolgenden Abstimmung wurden die von den Gesellschaftsvorständen gestellten Anträge, dahin gehend:

Die General-Versammlung wolle beschließen:

1. das Unternehmen der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft auszudehnen auf den Bau und den Betrieb einer neuen Eisenbahn von Posen über Gnesen und Inowraclaw nach Thorn mit einer Zweigbahn von einem noch zu bestimmenden aber nicht südlicher als Pakość belegenen Punkte nach Bromberg unter den Bedingungen des der General-Versammlung vorgelegten, zwischen der Staats-Regierung und den Gesellschaftsvorständen vorläufig vereinbarten Vertrages vom 30 November 1867.

2) das zum Bau und zur völligen Ausrüstung der unter 1 bezeichneten Bahnen erforderliche Capital auf 13 Millionen Thaler festzusetzen und dasselbe durch Aufnahme einer Anleihe zu beschaffen, und zwar mittelst Ausgabe von 4½procentigen Prioritäts-Obligationen bis zu dem vorgenannten Betrage, unter Garantieleistung des Staates und beziehungsweise der Gesellschaft nach Maßgabe der diesfälligen näheren Bestimmungen des erwähnten Vertrages.

3) die Gesellschaft zu ermächtigen, die zur Ausführung der unter 1 bezeichneten Eisenbahnen erforderlichen allerhöchsten Concessionen, sowie das zur Vermehrung des Anlage-Capitals der Gesellschaft nöthige allerhöchste Privilegium zu erwirken, Namens der Gesellschaft mit der königl. Staatsregierung den Vertrag vom 30. November 1867 seinem ganzen Inhalte nach rechtsverbindlich abzuschließen und die den heut gefaßten Beschlüssen entsprechende Ergänzung und beziehungsweise Aenderung der Gesellschafts-Statuten mit Genehmigung der Staatsregierung endgültig festzustellen

mit der Maßgabe ohne Wiederspruch einstimmig genehmigt, daß in dem Antrag ad 1 hinter „Pakość" noch die Worte „oder Inowraclaw" eingeschoben wurden.

Demnächst wurde von dem Vorsitzenden der Antrag auf Bewilligung von 5000 Thlr. für die Nothleidenden in Ostpreußen ausdrücklich empfohlen. Ein Aktionär macht den Vorschlag, auch den Nothleidenden in unserer Provinz eine gleiche Summe zu bewilligen. Der Vorschlag wird jedoch in Rücksicht darauf, daß der Gegenstand nicht auf die Tagesordnung gebracht ist, als zur Beschlußfassung für heute nicht geeignet, zurückgezogen, nachdem der Vorsitzende die Erklärung abgegeben, daß die Gesellschaftsvorstände sehr gern bereit sein werden, bei Gelegenheit der bevorstehenden Generalversammlung für die weiteren Neubau-Projecte, einen auf diesen Gegenstand bezüglichen Antrag einzubringen und auch ihrerseits zu befürworten. Die Bewilligung der 5000 Thlr. für Ostpreußen wird hiernächst einstimmig ausgesprochen.

Schließlich votirte die Versammlung dem Gesellschaftsvorstande auf Antrag eines Actionärs den allgemeinen Dank für die fürsorgliche Verwaltung des Unternehmens, dessen Rentabilität durch das neue Project einer nicht zu bezweifelnden Erhöhung entgegengehe.

Die Verhandlungen waren kurz nach 4 Uhr zu Ende.

Bromberg. Folgende Todesanzeige enthält die „N. Br. Z.": „Am letzten Donnerstag, Abend 9 Uhr, entschlummerte zu einem besseren Sein der „patriotische Verein" in dem zarten Alter von 6 Jahren. Zu seiner feierlichen Bestattung fanden sich 6 Leidtragende ein, deren gerechter Schmerz von zwei Polizeibeamten bewacht wurde. Der Verstorbene hat das Rettungshaus Salem zum Erben seiner irdischen Güter eingesetzt, die sich auf 14 Thlr. 10 Pf. belaufen. Er ruhe in Frieden!"

Feuilleton.

Gefährliche Prüfungen.

Novelle.

3.

Fortsetzung.

Ludwig hatte strenge Grundsätze und war gewöhnt, nachzudenken! Trotz seines heftigen Kummers hörte er daher auf die Stimme der Vernunft; er errieth, daß Privatränke sich seiner eigenthümlichen Lage bedient hätten, um ihn seinem Glücke zu entreißen, und da er Grispon bemerkt hatte, so zweifelte er nicht, daß ein boshafter Wahn in seiner Eifersucht auf diese Weise den Staat seiner Rachsucht dienstbar zu machen im Stande wäre. Er dachte aber auch, daß gleich nach seiner Ankunft in Bordeaux eine Erklärung seine Freiheit bewirken würde.

Bald konnte er aus einer eigenthümlichen Bewegung beurtheilen, daß der Wagen, nachdem er auf einen Eisenbahnwagen geschafft, mit der größten Geschwindigkeit dahinflog. Diese Rapidität, mit der man Ludwig fern von alledem fortführte, was ihm theuer war, versenkte ihn in eine schmerzliche Träumerei und ließ ihn in die Tiefen seiner Seele blicken, ob nicht irgend ein geheimes Unrecht ein solches Unglück über ihn hätte herbeiführen müssen; er dachte daran, daß er sich beinahe einen Augenblick nach jener unbekannten Welt habe fortreißen lassen, die er sich voller Reize, voller Reize, Sympathien und Glück träumte; da fragte sich Ludwig, ob er in diesem Augenblick nicht Unglück gegen seine Liebe gethan habe? Oder, ob er, indem er dieser folgte, sich nicht seine Härte gegen den edlen Mann vorzuwerfen hätte, der ihm ein neues, glänzenderes und vielleicht nützlicheres Leben eröffnen wollte, als das ihm bevorstehende, und da erinnerte er sich des Ausdrucks im Gesichte des alten Mannes, während er mit ihm sprach, er sah seinen schönen Kopf, auf dem der Schmerz so deutlich sich ausprägte, vor sich, er dachte daran, daß dieser Mann gerührt war, als er ihn anredete, daß er von fern her kam, ihn suchte, und daß er ihn kaum gesehen, von ihm gegangen war, ohne ein Wort des Dankes. Da fühlte Ludwig einen Stich des Gewissens, sein Herz war ihm eng — ein Wort entfloh seinen Lippen. Es war das Wort, Vater, und Alles erlosch in seinem Geiste vor diesem Gedanken.

Inzwischen führte derselbe Zug, der Ludwig nach Paris brachte, auch Herrn Belmare dorthin, und auf dem Bahnhof angekommen, fand Letzterer so schnelle Mittel nach seinem Hotel zu kommen, daß er sich bereits in einem Salon desselben befand, als man Ludwig dahin brachte.

Sie waren beide tief bewegt. Der Vater fühlte sich von einer unsäglichen Furcht ergriffen, er sah ein, daß der junge Mann, den man aus seinem Glücke gerissen, nach so viel Jahren der Vergessenheit sich doppelt zu beklagen habe, sowohl wegen der Vernachläßigung, als auch wegen der Art, in der man diese gut zu machen glaubte; er stand zitternd auf und streckte die Arme nach dem bisher nicht anerkannten Kinde aus. Aber Ludwig rührte sich nicht. Herr Belmare glaubte ihn gereizt, seine bebenden Knieen verloren die Spannkraft und er fiel seinem Sohne zu Füßen. Da wurde es Ludwig trüb vor den Augen, er erhob den Greis, dessen Augen in Thränen schwammen, auf, drückte ihn zärtlich an sein Herz und brach in die Worte aus: „Mein Vater! Mein Vater! ich erkenne Dich an deiner und meiner Rührung."

Ludwig fühlte jetzt nur noch Zuneigung, seine edle Seele vergaß das in der Vergangenheit Erlittene. Herr Belmare wollte sprechen, fand aber nicht die Kraft dazu, die für seine schon schwankende Gesundheit zu heftigen Aufregungen nahmen ihm die Möglichkeit seine Ideen auszudrücken. Er drückte dem jungen Manne die Hände, sah ihn erst liebevoll, dann traurig an, aber er sagte nichts. Sein Zustand beunruhigte Ludwig, er wollte jemand rufen da trat ein junges Mädchen ein.

Es war ein zierliches, blondes zartes Kind von Paris. Ihr Anblick erinnerte den jungen Mann an die schöne Angelica und den ganzen Schmerz von ihr getrennt zu sein. Doch die Stimmung, in der er seinen Vater gefunden, konnten ihn nicht glauben lassen, daß sein Unglück von langer Dauer sein könne, und er nahm sich fest vor, als ersten Beweis seiner väterlichen Liebe von Herrn Belmare die Wiedervereinigung mit seiner Geliebten zu verlangen.

Die junge Dame sah Ludwig mehr mit Neugier als mit Ueberraschung an, dann beschäftigte sie sich mit dem Kranken, ließ ihn flüchtige Salze einathmen, und bereitete ihm einen Trank; da sie aber sah, daß ihre Bemühungen sehr geringe Resultate erzielten, rief sie einen Kammerdiener, schickte nach dem Arzte und sorgte für die Ausführung ihrer Anordnungen, bevor sie ihre Blicke wieder auf den jungen Mann richtete, der auch mit dem Zustande, in welchem sich Herr Belmare befand, beschäftigt war.

Am Abend war das Fieber sehr heftig, und der Kranke in Gefahr; der Arzt schien besorgt und Ludwig legte sich nicht zu Bett; er blieb bei seinem Vater, der trotz seiner Krankheit sein volles Bewußtsein behielt und von Zeit zu Zeit mit zugleich schmerzlichem und zärtlichem Blicke die Hand seines Sohnes drückte.

Die Krankheit hielt Herrn Belmare über einen Monat in Gefahr auf seinem Schmerzenslager gefesselt. Ludwig und die erwähnte junge Dame pflegten ihn abwechselnd, er bei Nacht, sie bei Tage; so trafen sie sich zwei Mal täglich, erstatteten sich gegenseitig Bericht über das Befinden des Patienten; übrigens keine Koketterie bei dem eleganten Fräulein, keine besondere Aufmerksamkeit von Seiten Ludwigs; sie waren vollkommen ruhig und kalt gegen einander. Die großen, blauen Augen der hübschen Aglae, dies war ihr Name, und ihr liebenswürdiges Lächeln erinnerten Ludwig nur an eine strengere Schönheit, die allein in seinem Herzen herrschte — er erwartete mit Ungeduld den Augenblick, von ihr mit Herrn Belmare sprechen zu können und dann sie wieder aufzusuchen, denn vergebens hatte er geschrieben, es kam keine Antwort aus St. Sauveur und er konnte seine Unruhe kaum bemeistern. Er schrieb oft, aber stets vergeblich, er bekam nicht eine Zeile zur Antwort.

Fortsetzung folgt.

Handelsbericht.

Inowraclaw, 8. Februar

Man zahlt für:

Weizen 124—128 Thlr hellbunt,94 — 97 130—34 Thlr. hochbunt 97—99 p. 2125 Pfd. ganz feine schwere Sorten über Not iz.

Roggen 116—118 pf.64 — 66, 121—124 pf 69—73,, 2000 pfd.

Kartoffeln 20 Sgr. pro Scheffel.

Getreide-Durchschnittspreis

in der Kreisstadt Inowraclaw
(Nach amtlicher Notirung.)
Monat Januar

	Thl.	Sgr.	Pf.
Weizen pro Scheffel	3	26	4
Roggen „	2	28	
Gerste „	1	26	7
Hafer „	1	15	[illegible]
Erbsen „	2	28	[illegible]
Kartoffen à		24	
Heu pro Centner	1	2	
Stroh p. Sch 1200 Pfd.	[illegible]	19	[illegible]

Bromberg 8 Februar

Weizen, frischer 98—104p.f holl. 105—107 Thl. frische Qualität 129—131pf. holl. 2 Thlr. über Notiz

Kocherbsen 69—72 Thlr. Futterwaaren 64—68 Thl.

Roggen 118—122pf. holl. 76—77 schwere Qual. höher

Gr.-Gerste 55—58 Thl.

W.-Rübsen 76—78 Thlr.

Spiritus ohne Handel

Thorn. Agio des russisch-polnischen Geldes

Polnisch Papier 18¾ pCt. Russisch Papier 18½ pCt. Klein-Courant 21 pCt. Groß Courant 10 pC

Berlin, 8 Februar

Roggen animirt loco 79 Jan. 79 bez. April-Mai 80 Mai-Juni 80

Weizen 93

Spiritus loco 19⅞ Jan. 19⅝ bez. Ap. Mai. 20½

Rüböl: Jan 9⅝ bez. April-Mai. 10⅛ bez

Posener neue 4% Pfandbriefe 85 bez.

Amerikanische 6% Anleihe v. 1882. 76¼ bez.

Russischs Banknoten 85⅜ bez.

Staatsschuldscheine 83⅛ bez.

Danzig 8 Februar

Weizen: Stimmung unverändert Umsatz 60 L

Druck und Verlag von Hermann Engel in Inowraclaw.